Bismarck und seine Zeit

Raum 1:

Zwischen zwei Welten: Otto von Bismarcks Herkunft
Otto von Bismarck wird 1815 in Schönhausen bei Stendal geboren. Die väterliche Familie von Bismarck aus altpreußischem Landadel ist hier seit Generationen ansässig. Bismarcks Mutter entstammt nicht dem Adel, sondern einer alten Gelehrtenfamilie. Ihr Vater war ein gebildeter und politisch einflussreicher Kabinettsrat unter den preußischen Königen Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Mutter und Vater verkörpern zwei ganz unterschiedliche Daseinsformen: städtische gegenüber ländlicher Existenz, aufgeklärte Bildung gegenüber ständischem Traditionsbewusstsein. Bismarck selbst fühlt sich sein Leben lang mehr zur väterlichen Lebenswelt hingezogen. Voller Stolz spricht er vom "langjährigen Walten des konservativen Prinzips hier im Hause, in welchem meine Väter seit Jahrhunderten in denselben Zimmern gewohnt haben, geboren und gestorben sind".

Kindheit und Jugend: Karriereperspektiven
Die erste Entscheidung über den Lebensweg des jungen Bismarck trifft die bildungsbeflissene Mutter. Sie plant für ihre beiden Söhne eine Beamten- oder Diplomatenkarriere. Im Alter von sechs Jahren wird Bismarck in der Plamannschen Anstalt in Berlin eingeschult. 1827 wechselt er auf das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium. Von 1830 bis zum Abitur im Jahr 1832 besucht er das Gymnasium zum Grauen Kloster. Im selben Jahr beginnt er ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen. Für kurze Zeit wechselt er noch nach Berlin. Seine Studien betreibt er mit wenig Elan. Das gilt auch für die Stationen seines Referendariats in Berlin, Aachen und Potsdam.

"Auf der Suche nach einer Existenz"
Im Jahr 1838 bricht Bismarck sein Referendariat ab und kehrt dem städtischen Dasein den Rücken. Diese Entscheidung fällt zusammen mit der Krankheit und dem Tod der Mutter. Nun fühlt er sich frei in die Fußstapfen des Vaters zu treten. Er bewirtschaftet dessen Güter und führt das Leben eines Landjunkers. Über seinen Schulfreund Moritz von Blanckenburg findet er Zugang zu einem Kreis adliger Pietisten. Diese Begegnung bedeutet einen Wendepunkt in Bismarcks Leben. Er lernt Blanckenburgs Verlobte Marie von Thadden kennen. Ihr Tod erschüttert ihn und führt ihn zu innerer Einkehr und religiöser Besinnung. Über sie hat er auch Johanna von Puttkamer kennengelernt, die er 1847 heiratet. Die Stützen seiner privaten Existenz hat er nun gefunden: Gott, Johanna und die drei Kinder Marie, Herbert und Wilhelm.

Der Weg in die Politik
In dieser Zeit knüpft Bismarck Kontakte zu einflussreichen konservativen Politikern. In der Politik findet er ein Betätigungsfeld, das ihn fesselt. 1847 ist er Mitglied des aus den Vertretern der Stände zusammengesetzten Vereinigten Landtags. Dort macht er sich einen Namen als Fürsprecher der Hochkonservativen und als unbedingter Verteidiger der Krone. 1848 steht er auf der Seite der Gegenrevolution.
1851 erscheint er König Friedrich Wilhelm IV. als der geeignete Mann um die preußischen Interessen beim Deutschen Bund in Frankfurt zu vertreten. Dort setzt Bismarck alles daran, Preußens Stellung gegenüber der Führungsmacht Österreich aufzuwerten. Als 1858 Prinz Wilhelm von Preußen die Regentschaft für seinen erkrankten Bruder übernimmt und ein liberaleres Kabinett einsetzt, sendet ihm Bismarck eine umfangreiche Denkschrift. In ihr formuliert er erstmals den Gedanken, dass die nationale Idee für eine Machtexpansion Preußens von großem Nutzen sein könne. Der Prinzregent indes versetzt ihn von Frankfurt nach St. Petersburg. Gleichwohl spekuliert Bismarck auf höchste Ämter. Und tatsächlich ist Paris, wohin er als Gesandter 1862 versetzt wird, nur noch eine Zwischenstation.

Restauration: Deutschland zwischen Restauration und Revolution 1815-1848/49
Nach der Niederlage Napoleons verhandeln die Staatsmänner Europas auf dem Wiener Kongress über die Neuordnung des Kontinents. Dabei stehen auch die politischen Verhältnisse in Deutschland zur Debatte. Der Deutsche Bund wird gegründet. Er ist als ein loser Staatenbund konzipiert und soll dazu dienen, die Unabhängigkeit und die dynastischen Interessen der Fürsten der Einzelstaaten zu wahren und die Sicherheit der Bundesglieder nach außen zu garantieren. Dieser Zusammenschluss der Fürsten enttäuscht die Hoffnungen des aufstrebenden Bürgertums auf ein geeintes und freiheitliches Deutschland. Dieses ist beeinflusst von den Forderungen der Französischen Revolution nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und mobilisiert durch die Befreiungskriege gegen Napoleon. Wie in ganz Europa löst der nationale Gedanke auch in Deutschland einen Gärungsprozess aus. Je repressiver die Maßnahmen des Deutschen Bundes werden, desto mehr gewinnt die nationale Begeisterung an revolutionärer Kraft und Dynamik. Gleichzeitig wächst im Vormärz unter dem Einfluss liberaler Ideen der Wunsch nach stärkerer Mitwirkung an den politischen Entscheidungen.

1848: Höhepunkt im Ringen um ein vereintes und freiheitliches Deutschland
Die Revolution von 1848/49 stellt einen Höhepunkt im nationalen Einigungs- und Freiheitskampf dar. In Deutschland beginnt sie mit den Märzunruhen als ein Volksaufstand, in dem sich angestaute politische und soziale Spannungen ent-

laden. Wie in der Pariser Februarrevolution werden auch in Wien und Berlin Barrikaden errichtet und es kommt zu blutigen Straßenkämpfen. Die Ziele der revolutionären Kräfte werden in den liberalen "Märzforderungen" formuliert: Presse- und Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte und ein nationales Parlament. In dieser ersten Phase erringen die revolutionären Kräfte Erfolge. Die Vertreter der alten Ordnung beugen sich.
Aber der Versuch, einen nationalen Verfassungsstaat von unten durchzusetzen, scheitert: an der Stärke der alten Mächte und den diesen treu dienenden Heeren, aber auch an der sehr schnell zerbrechenden Einigkeit im Lager der liberal-demokratischen revolutionären Kräfte. Das Streben nach einem deutschen Nationalstaat und die damit verbundenen Hoffnungen und Erwartungen leben jedoch fort. Bismarck greift sie später auf in seinem Kampf für ein starkes Preußen und ein vereintes Deutschland unter seiner Führung.

1862: Otto von Bismarck wird preußischer Ministerpräsident
Seit 1860 stehen sich Krone und Parlament in Preußen unversöhnlich gegenüber. Ursache der Auseinandersetzungen, die sich zu einer schweren Krise der 1849 eingeführten Verfassung entwickeln, ist der Streit über die Reform des preußischen Heeres. König Wilhelm I. lehnt die Forderung des Abgeordnetenhauses nach Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit und Fortbestehen der Landwehr ab. Die Parlamentarier hingegen sind nicht bereit die Einschränkung eines ihrer wesentlichen Rechte - des Budgetrechts - hinzunehmen und die Kontrolle der Armee allein dem König zu überlassen. Sie verweigern die Zustimmung zu dem von der Regierung vorgelegten Haushalt. Da Auflösungen des Abgeordnetenhauses und Neuwahlen die Liberalen eher stärken als schwächen, spitzt sich die innere Krise 1862 gefährlich zu: Ein Teil der Militärs spielt mit dem Gedanken an einen Staatsstreich. Wilhelm I. ist eher bereit abzudanken, als eine Einschränkung seiner Kommandogewalt hinzunehmen.
Bismarck erweist sich in dieser Situation als Retter der Krone. Da er sich bereit erklärt, auch gegen das Abgeordnetenhaus zu regieren, beruft ihn König Wilhelm I. zum Ministerpräsidenten. Er stützt sich dabei auf eine verfassungsrechtlich fragwürdige "Lückentheorie": Die Verfassung sehe nicht vor, was im Fall der Nichteinigung zwischen Regierung und Parlament über das Haushaltsgesetz geschehen solle. Ansprüche des Abgeordnetenhauses auf mehr Einfluss in der Politik weist er energisch zurück. Dieses wiederum lehnt Bismarcks Angebot ab, bei der Verwirklichung der nationalen Frage mit ihm zusammenzuarbeiten: Die große Mehrheit der Liberalen befürchtet, dass eine Einigung Deutschlands mit Bismarcks Hilfe durch "Eisen und Blut" zu Lasten einer freiheitlichen Entwicklung gehen würde.

Raum 2:

Wiederaufleben der Nationalbewegung
Die harte Politik der Reaktionszeit schwächt sich Ende der 1850er Jahre in allen deutschen Staaten ab. Ein Wiedererstarken der liberalen Nationalbewegung und mehr Freiräume im öffentlichen Leben sind äußere Kennzeichen dieses Wandels. Die vom neuen Regenten Wilhelm I. 1858 ernannte Regierung erklärt, Preußen müsse in Deutschland "moralische Eroberungen" machen. Die italienische Einigung beflügelt die Nationalbewegun. In Festen und Versammlungen verleiht sie ihrem Wunsch nach Einheit und Freiheit Ausdruck. 1859 tagen Liberale und Demokraten in Frankfurt am Main, dem Sitz der Nationalversammlung von 1848. "Zum Zwecke der Einigung und freiheitlichen Entwicklung des großen gemeinsamen Vaterlandes" gründen sie den "Deutschen Nationalverein".
Dem Streben nach einem einheitlichen Nationalstaat von unten versuchen die Fürsten durch eine Reform des Deutschen Bundes von oben zu begegnen. Österreich, das sich nach dem Verlust großer Gebiete in Italien wieder stärker Deutschland zuwendet, übernimmt dabei die Führung. Die Reformvorschläge bleiben jedoch hinter wesentlichen Forderungen der Nationalbewegung zurück. Als Vielvölkerstaat kann Österreich eine direkt gewählte Nationalrepräsentation nicht zulassen, ohne den Bestand der eigenen Monarchie zu gefährden. Es kann die Nationalbewegung, die mehrheitlich eine kleindeutsche Lösung anstrebt, nicht für sich gewinnen.Aber auch Preußen lehnt die österreichischen Vorschläge ab. Bismarck ist nicht bereit die weitere Vorherrschaft der Habsburgermonarchie in Deutschland zu dulden. Um deren Pläne zu unterlaufen, macht er sich weitgehend das Programm der Nationalbewegung zu eigen. Dem Frankfurter Fürstentag 1863 bleibt der preußische König auf Druck Bismarcks fern.

Krieg um Schleswig und Holstein 1864
Die Herzogtümer Schleswig und Holstein sind seit Jahrhunderten in Personalunion mit Dänemark verbunden. Bereits 1848 versucht die vorwiegend deutschsprachige Bevölkerung, die dänische Oberhoheit abzuschütteln. Sie wird dabei von der Nationalbewegung tatkräftig unterstützt. Die anderen europäischen Mächte greifen schließlich in den darüber ausgebrochenen deutsch-dänischen Krieg ein. Die Herzogtümer bleiben unter dänischer Oberhoheit; ihr Sonderstatus wird jedoch von den Großmächten international garantiert.
Zur gleichen Zeit erstarkt auch das dänische Nationalbewußtsein. Entgegen allen internationalen Verpflichtungen soll das Herzogtum Schleswig von Holstein getrennt und Dänemark einverleibt werden. Dieser Rechtsbruch löst große Empörung in Deutschland aus. In zahllosen Kundgebungen fordert die Nationalbewegung die Loslösung der Herzogtümer von Dänemark.Bismarck unterstützt nach anfänglicher Zurückhaltung aus Sorge vor einer Einmischung der anderen Großmächte eine Bundesexekution gegen Dänemark. Schleswig und Holstein werden im Frühjahr 1864 von preußischen und österreichischen Truppen besetzt, die dänische Armee in einem kurzen Krieg geschlagen. Auf die Haltung der National-

bewegung bleibt diese Entwicklung nicht ohne Einfluss. Die Macht Preußens erscheint ihr zunehmend als ein Mittel zur Lösung der deutschen Frage.

"Bruderkrieg" 1866

Der gemeinsame Erfolg über Dänemark kann die Spannungen zwischen Preußen und Österreich nur vorübergehend verdecken. Während Österreich mit allen Mitteln bestrebt ist seinen Einfluss in Deutschland zu wahren, versucht Preußen seine Stellung auszubauen. Nicht die Schaffung eines kleindeutschen Nationalstaats unter preußischer Führung, sondern die Anerkennung der Vormachtstellung Preußens in Norddeutschland ist Bismarcks vorrangiges Ziel. Alle Ausgleichsversuche scheitern an dem unnachgiebigen Festhalten der österreichischen Regierung an ihrer überlieferten Stellung im Deutschen Bund.

Die Nationalbewegung betrachtet den drohenden "Bruderkrieg" mit großer Sorge. In Volksversammlungen und Proklamationen versucht sie ihn zu verhindern. Der Sohn eines führenden Politikers der 1848er Revolution verübt deswegen sogar ein Attentat auf Bismarck. Im April 1866 bringt Preußen einen Antrag zur Reform des Deutschen Bundes im Bundestag ein. Eine wichtige Forderung ist die freie, gleiche und direkte Wahl eines Parlaments. Damit versucht Bismarck die Nationalbewegung für sich zu gewinnen.

Wie Bismarck 1862 vorausgesagt hat, entscheiden "Eisen und Blut" die deutsche Frage. Nach dem Einmarsch preußischer Truppen in Holstein beantragt Österreich die Bundesexekution gegen Preußen, das daraufhin den Bund für erloschen erklärt. Preußische Truppen rücken in Sachsen, Kurhessen und Hannover ein. Auch im Süden Deutschlands kommt es zu Kämpfen. Kriegsentscheidend ist jedoch der Sieg Moltkes über die österreichische Armee bei Königgrätz. Österreich scheidet aus dem Deutschen Bund aus. Weiter gehende Forderungen lehnt Bismarck ab um die Habsburgermonarchie als möglichen Bündnispartner nicht zu verlieren. Gegen heftigen Widerstand setzt er die Annexion bisher selbständiger Staaten wie Hannover, Kurhessen und Hessen-Nassau sowie der Stadt Frankfurt zur Sicherung der preußischen Vorherrschaft über das nördliche Deutschland durch. Im Innern trägt der preußische Sieg zur Versöhnung bei. Bismarck geht ein Stück auf die liberale Opposition zu. Teile der Liberalen schwenken zu Bismarck über in der Hoffnung, mit ihm die ersehnte Einheit zu verwirklichen.

Norddeutscher Bund 1867 - 1870

Nach dem Sieg über Österreich einigt Preußen die Gebiete nördlich des Mains unter seiner Führung im 1867 gegründeten Norddeutschen Bund. Die starke Rolle der nur dem Monarchen verantwortlichen Regierung in dessen Verfassung ist ein Symbol für die "Revolution von oben". Der nach dem allgemeinen, freien und gleichen Wahlrecht gewählte Reichstag verfügt dennoch über wichtige Rechte bei der Gesetzgebung.Gemeinsam beginnen Regierung und Reichstag damit, die Gesellschaft und Wirtschaft in Norddeutschland zu modernisieren.

Für die Nationalbewegung stellt der Norddeutsche Bund nur ein Provisorium auf dem Weg zur Einigung ganz Deutschlands dar. Aus Rücksicht auf französische Vorbehalte gegenüber einem vereinigten Deutschland verzichtet Bismarck zunächst auf den Versuch, den neuen Bund auf den Süden auszuweiten. Geheime Schutz- und Trutzbündnisse sowie ein gemeinsames Zollparlament schaffen dennoch engere Verbindungen zwischen Nord- und Süddeutschland. Langfristig hofft Bismarck auf ein friedliches Zusammenwachsen beider Teile. Die Nichteinmischung der anderen europäischen Mächte in die deutsche Frage ist dabei für ihn eine wichtige Voraussetzung.

Deutsch-französischer Krieg 1870/71

Frankreich betrachtet die deutschen Einigungsbestrebungen misstrauisch. Ein starkes Deutschland kann die bisherige französische Vorherrschaft auf dem Kontinent bedrohen. Als Prinz Leopold von Hohenzollern - ein Verwandter des preußischen Königs - 1870 für den spanischen Thron kandidiert, nimmt Kaiser Napoleon III. dies zum Anlass, Preußen zur Zurücknahme der Kandidatur zu zwingen und es damit öffentlich politisch zu demütigen. Bismarck sieht in der Thronkandidatur eine Möglichkeit Bewegung in die Einigung Deutschlands zu bringen. Taktisch geschickt spielt er Napoleon III. mit der "Emser Depesche" aus. Die französische Kriegserklärung an Preußen vom 19. Juli 1870 hat eine Erhebung der gesamten Nation zur Folge.

Militärisch ist dieser Krieg nach der Niederlage der französischen Hauptarmee und der Gefangennahme Napoleons III. bei Sedan am 2. September 1870 weitgehend entschieden. Das seit dem 6. September republikanische Frankreich weigert sich jedoch die preußischen Friedensbedingungen zu akzeptieren. Preußische Truppen belagern daher Paris. Die Kämpfe dort und in anderen Teilen Frankreichs ziehen sich bis Februar 1871 hin.

Reichsgründung 1871

Im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles wird Wilhelm I. am 18. Januar 1871 zum Deutschen Kaiser proklamiert. Der Traum der Nationalbewegung von einem einheitlichen deutschen Nationalstaat geht in Erfüllung. Obwohl die Einigung das Ergebnis der von Bismarck eingeleiteten Revolution von oben ist, stimmt die große Mehrheit der Bevölkerung dieser Lösung der deutschen Frage zu. Mit der Reichsgründung entsteht zum ersten Mal nach Jahrhunderten wieder ein starker Staat in der Mitte Europas. Bismarcks geschickte Politik gegenüber Russland und England ist eine wesentliche Voraussetzung dafür gewesen. Beide Mächte beobachten die zukünftige Entwicklung des Deutschen Reiches mit gespannter Aufmerksamkeit.

Raum 3:

Das Deutsche Reich in der Mitte Europas
Die Reichsgründung verändert das Kräfteverhältnis in Europa. Das Deutsche Reich ist wegen seiner Größe, seiner Armee und seiner sich rasch entwickelnden Wirtschaft die stärkste Macht auf dem Kontinent. Aufgrund der Mittellage fürchtet Bismarck einer von Frankreich geführten feindlichen Koalition nicht standhalten zu können. Er bemüht sich daher das Vertrauen der anderen Mächte zu gewinnen, indem er diesen versichert, das Deutsche Reich sei saturiert. Zur Erhaltung des europäischen Friedens schafft er ein System von Bündnissen, in das alle Mächte außer Frankreich eingebunden werden. Zwei Jahrzehnte wirkt Bismarck als "Weichensteller Europas".

Der Berliner Kongress 1878
Der Balkan ist einer der großen Konfliktherde des 19. Jahrhunderts. Die dort lebenden Völker wollen sich endlich von der türkischen Herrschaft befreien. Russland und Österreich-Ungarn fördern diese Bestrebungen, um ihren Einfluss in der Region zu stärken. Die der Türkei von Russland nach dem Krieg von 1877/78 auferlegten Friedensbedingungen gefährden das Gleichgewicht auf dem Balkan. Zur Vermeidung eines großen europäischen Krieges erklärt sich Bismarck bereit zwischen den am Konflikt beteiligten Staaten "als ehrlicher Makler" zu vermitteln. Im Sommer 1878 treffen sich die führenden Staatsmänner Europas in Berlin um die Gegensätze beizulegen und den Frieden zu erhalten. Bis auf Russland erkennen alle Großmächte Bismarcks Rolle als uneigennütziger Friedensstifter an. Russland macht den Reichskanzler dafür verantwortlich, dass es nicht alle Ziele hat erreichen können. Deutschland und Österreich rücken in Reaktion darauf 1879 enger zusammen. Dennoch lässt Bismarck den "Draht nach Russland" nicht abreißen und bemüht sich, das Zarenreich in sein Bündnissystem auch künftig einzubinden.

Anfänge deutscher Kolonialpolitik
Anfang der 1880er Jahre beginnen die europäischen Mächte, die noch freien Gebiete Afrikas und Asiens unter sich aufzuteilen. Auch im Deutschen Reich mehren sich die Stimmen derer, die den Erwerb eigener Kolonien verlangen. Bismarck lehnt solche Forderungen wegen der damit verbundenen finanziellen Lasten und der außenpolitischen Gefahren lange Zeit ab. 1884/85 gibt er diese Haltung vorübergehend aus innen- und außenpolitischen Gründen auf.
Die von Kaufleuten, Forschungsreisenden und Abenteurern wie Adolf Lüderitz, Gustav Nachtigall und Carl Peters erworbenen Gebiete in Ost-, West- und Südafrika und einige Inseln im Pazifik werden unter den Schutz des Reiches gestellt. Zur Enttäuschung vieler Zeitgenossen bleibt Bismarck jedoch ein vorsichtiger Kolonialpolitiker. Die Gründe dafür erläutert er 1888 dem Afrikaforscher Eugen Wolff: "Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Russland, und hier (...) liegt Frankreich und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika."

Raum 4:

Gründerjahre: Aufbruch in die Moderne
Die politische Einigung von 1871 gibt der Industrialisierung Deutschlands neuen Schwung. Die von Bismarck eingeleiteten Reformen der Wirtschaft fördern diese Entwicklung. Die Aufhebung der Konzessionspflicht für Aktiengesellschaften löst eine Welle von Firmengründungen aus. Neue Finanzierungsmöglichkeiten schaffen die Voraussetzung für die Einführung moderner Produktionsmethoden. Das Verkehrswegenetz wird weiter ausgebaut.
Handels- und Gewerbefreiheit und zahlreiche andere Gesetze tragen wie die Einführung der deutschen Mark als gemeinsame Währung dazu bei, dass sich das Deutsche Reich zu einem blühenden Industriestaat entwickelt. Auch die Städte entwickeln sich schnell. Vor allem in den Industriegebieten werden aus kleinen Siedlungen große Städte. Die räumliche und soziale Mobilität der Gesellschaft nimmt zu. Die Lebens- und Arbeitswelt verändert sich in rascherem Tempo.

Industrialisierung und technischer Fortschritt
Die Dynamik der Industrialisierung wird vom Bergbau, dem Hüttenwesen und der Metallverarbeitung getragen. Wichtige Impulse gehen vom Eisenbahnbau aus. Neue technische Verfahren erhöhen die Produktivität der industriellen Fertigung. Die Stahlerzeugung wird so weit verbessert, dass der Vorsprung der englischen Industrie in den 1890er Jahren aufgeholt werden kann. Neue Industriezweige entstehen mit der chemischen Industrie und der Elektroindustrie. Entscheidend für den Aufstieg der chemischen Industrie ist die Entwicklung von synthetischen Farbstoffen, von Arznei- und Düngemitteln. Einen noch schnelleren Aufschwung erlebt seit 1871 die elektrotechnische Industrie.

Bürgerliches Zeitalter
Einen wesentlichen Anteil am Modernisierungsprozess hat das Bürgertum: Bürgerliche Unternehmer und Bankiers treiben die wirtschaftliche Entwicklung voran. Angehörige des Bürgertums spielen eine zunehmende Rolle in der Politik und im öffentlichen Leben. Das Bildungsbürgertum ist eine bedeutende Kraft in Verwaltung und Wissenschaft sowie im kulturellen und künstlerischen Bereich. Werte wie das Ideal der bürgerlichen Familie, das Leistungsprinzip und die wach-

sende Bedeutung von Bildung strahlen immer mehr auch in andere gesellschaftliche Schichten aus. Die "Verbürgerlichung" der Gesellschaft schreitet fort.

Stadtentwicklung
Die Städte verändern ihr Gesicht. Neue Stadtviertel entstehen, die Anlage von Straßen, Plätzen und Parks formt die moderne Großstadt. Mit der Reichsgründung entstehen neue Institutionen und damit neue Bauaufgaben. Repräsentative öffentliche Gebäude wie Verwaltungen, Postämter und Gerichte drücken das Selbstbewusstsein der geeinten Nation aus. Mit dem Rückgriff auf historische Baustile wird versucht eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen. Bürgerliche Villen nehmen den historistischen Baustil auf. Akzente werden im Stadtbild auch von Fabrikgebäuden und anderen Zweckbauten gesetzt.

Raum 5:

"Ein einig Volk von Brüdern"?
Die Reichsgründung und die Reformen der liberalen Ära können die vorhandenen Gegensätze im Innern nicht verdekken. Sie werden verschärft durch Bismarcks Tendenz, politische Gegner zu "Reichsfeinden" zu stempeln. Die Versöhnung von Katholiken, Sozialisten und nationalen Minderheiten mit dem neuen Reich gelingt daher zunächst nicht. Der Wahlspruch von einem "einig Volk von Brüdern" entspricht nur bedingt der Wirklichkeit.

Die Reichsverfassung von 1871
Die Verfassung des Deutschen Reiches spiegelt die "Einigung von oben" wider. Die Fürsten, nicht das Volk, üben die oberste Staatsgewalt aus. Die Rechte des Reichstags sind eingeschränkt. Auf Regierung, Diplomatie und Verwaltung hat er wenig Einfluss. Auch das Militär kann seine Sonderstellung vorläufig wahren. Die Grundlagen der überlieferten politischen und gesellschaftlichen Ordnung bleiben zumindest vorerst unangetastet.
Dennoch ist das Kaiserreich kein reiner Obrigkeitsstaat. In vielen Bereichen stellt die Verfassung einen Kompromiss zwischen den wichtigsten Tendenzen der Zeit dar: Trotz der starken Stellung Preußens lässt die föderative Ordnung den Bundesstaaten viel Spielraum bei der Entwicklung im Innern. Die Abhängigkeit der Regierung von der Zustimmung des Reichstags enthält Möglichkeiten einer freiheitlichen Weiterentwicklung der bestehenden Verfassungsordnung. Das demokratische Wahlrecht ermöglicht die Wahl von Parteien, die die eigenen Interessen vertreten.

Politische Kultur
Die Anteilnahme der Bevölkerung am politischen Leben nimmt nach 1871 stetig zu. Die Pressefreiheit ermöglicht den Austausch unterschiedlicher Meinungen. In Vereinen und auf Versammlungen wird über Politik diskutiert. Parteien werben in Reden, Wahlkampfbroschüren und mit Plakaten öffentlich um Wähler. Bereits in den 1870er Jahren entstehen Verbände, die gezielt die politischen und materiellen Interessen ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit und gegenüber der Regierung zum
Ausdruck bringen. Zu den bedeutendsten gehören der "Centralverband Deutscher Industrieller" (1876), der "Bund der Industriellen" (1895) und der "Bund der Landwirte" (1893), die "Deutsche Kolonialgesellschaft" (1887), der "Alldeutsche Verband" (1891) und der "Deutsche Flottenverein" (1898). Trotz ihrer starken Stellung muss die Regierung die öffentliche Meinung bei ihrer Politik zunehmend berücksichtigen.

Parteien
Das allgemeine Wahlrecht fördert die Entwicklung des Parteiwesens nach 1871. Aus zunächst losen Vereinigungen werden fest gefügte Organisationen. Mit Programmen werben sie um die wahlberechtigte Bevölkerung, deren Interessen sie im Reichstag vertreten. Diese beteiligt sich von Wahl zu Wahl stärker am politischen Geschehen.
Die Wahlkreiseinteilung in Verbindung mit dem Mehrheitswahlrecht führt zu Abweichungen der Zusammensetzung des Reichstags gegenüber dem Wählerwillen. Vor allem für die konservativen Parteien und das katholische Zentrum sind diese Regelungen von Vorteil. Trotz geringerer Stimmenzahl verfügen sie oft über mehr Mandate als die Sozialdemokratie oder die liberalen Parteien. Nachteilig für die Entwicklung der Parteien ist deren geringer Einfluss auf die Politik der Regierung. Ein Gefühl der vollen Verantwortung für den Staat bildet sich nicht heraus.

Kulturkampf
In fast ganz Europa kommt es seit den 1860er Jahren zu einem Ringen zwischen moderner Staatsmacht und der Kirche. Durch das Vordringen einer weltlich orientierten liberalen Kultur und Lebensanschauung sieht der Vatikan sein eigenes Welt- und Menschenbild und seinen daraus abgeleiteten Autoritätsanspruch bedroht. In Deutschland verläuft die Auseinandersetzung besonders dramatisch. Dort kommt es zu einem regelrechten "Kulturkampf" zwischen der katholischen Kirche und ihrem politischen Arm, der von Ludwig Windthorst geführten Zentrumspartei einerseits, der Regierung und

der diese unterstützenden Liberalen andererseits. Ein verhängnisvoller Katalog von Ausnahmegesetzen sorgt dafür, dass sich die Gegensätze seit 1871 erheblich verschärfen.

Nationale Minderheiten
Im Deutschen Reich wie auch in anderen Ländern Europas erzeugt das äußere Band des Nationalstaats nicht automatisch ein Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. Im kaiserlichen Deutschland gibt es beispielsweise Minderheiten, die gegen ihren Willen in das neugegründete Reich einbezogen worden sind. Ihr Zugehörigkeitsgefühl zu anderen Nationen wird als potentielle Gefahr für die politische Stabilität betrachtet. Darum soll das Ideal der nationalen Einheit gegen sie zwangsweise durchgesetzt werden. Der Reichskanzler betrachtet die "Germanisierung" - d.h. die "Eindeutschung" - der nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen als eine Voraussetzung für die Sicherheit des Deutschen Reiches. In erster Linie sollen dazu Sprachgesetze dienen. Zu den zahlenmäßig stärksten Minderheiten zählen über zweieinhalb Millionen Polen im Osten des Reiches, anderthalb Millionen Elsässer und Lothringer im Westen und 80000 Dänen im Norden.

Soziale Frage
Mit der Industrialisierung entsteht eine neue sozialen Schicht, die Arbeiterschaft. Sie wächst nach der Reichsgründung stetig an. 1914 stellen Arbeiter die größte Gruppe innerhalb der Gesellschaft dar. Die Lebensbedingungen dieser Schicht sind bedrückend: Niedrige Löhne am Rand des Existenzminimums, harte Arbeitsbedingungen, schlechte und beengte Wohnverhältnisse, die Sorge vor Krankheit und Armut im Alter bestimmen den Alltag. Die fehlende Aussicht auf Besserung der bedrückenden Lage lässt die Unzufriedenheit unter den Arbeitern und ihren Familien wachsen. Eine stetig steigende Zahl organisiert sich in Vereinen und Gewerkschaften. Ziel dieser Organisationen ist der gemeinsame Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Hinzu kommt die Forderung nach politischer Gleichberechtigung. Klassenwahlrechte in den Städten und in den Bundesstaaten schließen sie von einer wirklichen Beteiligung am politischen Leben weiterhin aus.

Sozialistengesetz
Die sozialdemokratische Partei ist für viele Arbeiter neben dem Zentrum die einzige Partei, die nachdrücklich für ihre Interessen eintritt. Deren Forderungen zur Überwindung des Klassenstaats durch grundlegende Reformen bedrohen die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung. Revolutionäre Reden und Schriften wecken die Furcht vor dem "roten Gespenst". Auch Bismarck betrachtet die Aktivitäten der Sozialdemokratie als eine Gefahr für Staat und Gesellschaft.
Im Sommer 1878 werden zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. verübt. Eine Beteiligung sozialdemokratischer Anhänger daran kann nicht nachgewiesen werden. Dennoch bieten die Anschläge für Bismarck den Anlass für eine Verschärfung des Kampfes gegen die Partei des "Umsturzes". Der Reichskanzler will aber nicht nur die junge Sozialdemokratie vernichten. Auch die Nationalliberalen sollen zur Zustimmung zu einem Ausnahmegesetz und damit zur Aufgabe liberaler Grundsätze gezwungen werden. Nach vorzeitiger Auflösung des Reichstags und anschließenden Neuwahlen erreicht Bismarck sein vorrangiges Ziel. Im Oktober 1878 verabschiedet die Mehrheit des Reichstages das Gesetz "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Unterdrücken lässt sich die Partei allerdings nicht. Einer Versöhnung der Arbeiterbewegung mit dem Staat werden durch diese Politik große Hindernisse in den Weg gestellt.

Sozialreform
Bismarck ist sich darüber im Klaren, dass Ausnahmegesetze den Zustrom der Arbeiter zur Sozialdemokratie nicht verhindern können. Durch ein staatliches Sozialversicherungssystem versucht er gleichzeitig die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern und sie an die bestehende Staatsordnung zu binden. Zwischen 1883 und 1889 werden ein Kranken- und ein Unfall- sowie ein Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz verabschiedet. Dadurch soll ein neues Verhältnis zum Staat entstehen. Er erscheint nun als eine Art Garant der Lebenssicherheit. Die Sozialgesetzgebung Bismarcks ist vorbildlich und wird von vielen anderen Ländern übernommen. Die Entfremdung der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie gelingt durch sie jedoch nicht.

Entlassung
1888 stirbt Kaiser Wilhelm I. Durch seinen Tod wird eine fast 30 Jahre währende vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kanzler und Kaiser beendet. Auf den nur 99 Tage regierenden Kaiser Friedrich III. folgt dessen Sohn als Kaiser Wilhelm II. noch im selben Jahr. Er hat nicht die Absicht, wie sein Großvater dem Kanzler weitgehend freie Hand lassen. Sein Ziel ist die Errichtung eines persönlichen Regiments. Immer wieder prallen gegensätzliche Standpunkte aufeinander. Bismarcks Plädoyer für ein verschärftes, jetzt unbefristetes Sozialistengesetz Ende Oktober 1889 treibt den Machtkampf zwischen den beiden schließlich auf die Spitze. Der junge Kaiser will seine Regierungszeit mit einer Geste der Versöhnung beginnen und verlangt eine Entschärfung des vorgelegten Gesetzentwurfs. Am 15. März verweigert er Bismarck endgültig die Unterstützung für dessen Kampfprogramm und zwingt ihn zum Rücktritt.

Raum 6:

Otto von Bismarck als nationale Kultfigur
Bereits zu Lebzeiten wird Bismarck zu einer verehrten nationalen Kultfigur. Diese Verehrung nimmt zu, je weniger Kaiser Wilhelm II. nach Bismarcks Entlassung die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Jetzt erscheint die Politik des ehemaligen Reichskanzlers vielen als beispielhaft ausgewogene Staatskunst. Bismarcks Alterssitz Friedrichsruh im Sachsenwald wird zu einem Wallfahrtsort. Scharen patriotischer Bürger pilgern dorthin, um Bismarck zu huldigen. Besonders zahlreich sind die Verehrungsbekundungen anlässlich seines 80. Geburtstags am 1. April 1895. Nach dem Tod Bismarcks am 30. Juli 1898 nimmt dieser Kult ein ungeahntes Ausmaß an. Der "Reichsgründer" wird als nationales Symbol verklärt, aber auch oft zur Verwirklichung anderer politischer Ziele missbraucht.

Ausblick: Das Deutsche Reich nach Otto von Bismarck
Bismarcks Nachfolger verlassen nach 1890 dessen vorsichtigen Kurs in der Außenpolitik. Aus dem Deutschen Reich soll nun ein Weltreich werden. Große Teile der Öffentlichkeit unterstützen voller Stolz auf die politische, militärische und wirtschaftliche Macht des Kaiserreichs den von Wilhelm II. eingeleiteten Kurswechsel und fordern einen gleichberechtigten "Platz an der Sonne". Um dieses Ziel notfalls auch militärisch zu verwirklichen, wird eine mächtige Schlachtflotte gebaut. Diese Politik verschärft die Spannungen zu den anderen Mächten. Großbritannien, Frankreich und Russland rükken immer enger zusammen. Zwei Jahrzehnte nach Bismarcks Entlassung ist das Deutsche Reich außenpolitisch nahezu isoliert.
Im Innern wächst der Einfluss des Reichstags auf die Politik. Von der Macht wird er aber immer noch fern gehalten. Teile der Bevölkerung werden zudem weiterhin benachteiligt und politisch ausgegrenzt. Eine wirkliche Versöhnung der Gegensätze findet auch bis 1914 nicht statt. Die außenpolitische Isolierung ist eine wesentliche Ursache für die riskante deutsche Politik in der "Julikrise" 1914. Sie ist in hohem Maß für die Auslösung des Ersten Weltkrieges mit verantwortlich. Im Herbst 1918 ist dieser Krieg militärisch verloren. Die Niederlage und die ungelösten Probleme im Innern führen im November 1918 schließlich zum Ausbruch einer Revolution. Die "Kronen werden hinweggefegt", das 1871 errichtete Kaiserreich bricht zusammen.